

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/085/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 17.05.2004	Plenarsaal des Landtages	16:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
 - 2.1 Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen A0190/03
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 06.11.03
 - 2.1.2 Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen A0190/03/2
 - 2.1.3 Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen S0033/04
 - 2.2 Antragsbescheide für freie Träger A0187/03
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 08.12.03
 - 2.2.1 Antragsbescheide für freie Träger S0059/04

2.3	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	A0007/04
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 05.02.04	
2.3.1	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	A0007/04/1
2.3.2	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	S0053/04
2.4	"Blauer Bock" als Werbeträger für das Stadtjubiläum	A0539/04
	SPD-Fraktion	
2.5	Bildung von Beiräten in Stadtumbaugebieten	A0074/04
	PDS-Fraktion	
2.6	Geschwindigkeitsbegrenzung in Straßen im Wohnbereich östlich und westlich der Jacobstraße	A0075/04
	PDS-Fraktion	
2.7	Gefahrenabwehr im Baustellenbereich der ehemaligen Studentenwohnheime an der und in Nähe der Ernst-Lehmann-Straße	A0076/04
	PDS-Fraktion	
2.8	Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark	A0077/04
	CDU-Fraktion	
2.9	Gestaltung der Durchfahrt unter den Brücken am Hauptbahnhof	A0078/04
	CDU-Fraktion	
2.10	Konzept zur Oberflächen- und Niederschlagswasserentsorgung im ostelbischen Raum	A0080/04
	CDU-Fraktion	
2.11	Projektgruppe Hartz-Gesetzgebung	A0073/04
	interfraktionell	
2.11.1	Projektgruppe Hartz-Gesetzgebung	A0073/04/1
2.12	Prüfauftrag Öffnungszeiten Gruson-Gewächshäuser	A0081/04
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen	
2.13	Feuerwache Buckau	A0082/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
3	Informationsvorlagen	
3.1	Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung 2004 bis 2007 - Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2003 bis 2006 (DS 0058/03)	I0044/04
3.2	Auslaufen des Feststellenprogramms des Landes Sachsen-Anhalt	I0078/04

3.3	Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2005	I0089/04
3.4	Initiativfonds Gemeinwesenarbeit 2003	I0090/04
3.5	Einrichtung eines Lehrstuhles zum Thema nachwachsende Rohstoffe an den Magdeburger Hochschulen	I0094/04
3.6	Zwischenbericht zu Punkt 9 des Stadtratsbeschlusses Nr. 2763-75(III)03 - Neuorganisation der Magdeburger Theaterlandschaft	I0115/04

Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

4	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
4.1	Arbeitsvertrag	DS0033/04
4.2	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Magdeburg	DS0276/04
4.2.1	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Magdeburg	DS0276/04/1
4.3	Vermarktung der Parzelle 10 im Wohnbebauungsgebiet	DS0068/04
4.4	BE: Bürgermeister Ankauf von Grundstücken	DS0078/04
4.4.1	BE: Bürgermeister Ankauf von Grundstücken	DS0078/04/1
4.5	Unbefristete Niederschlagung einer Gewerbesteuer	DS0154/04
4.6	BE: Bürgermeister Unbefristete Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen	DS0195/04
4.7	BE: Bürgermeister Kreditermächtigung	DS0285/04
4.8	BE: Bürgermeister Bestellung eines Geschäftsführers der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg	DS0293/04
	BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	

4.8.1	Bestellung eines Geschäftsführers der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg	DS0293/04/1
4.9	Übertragung des Vogelgesangparkes zum Zoologischen Garten Magdeburg	DS0020/04
	BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport WV v. 15.03.04	
4.9.1	Übertragung des Vogelgesangparkes zum Zoologischen Garten Magdeburg	DS0020/04/1
4.9.2	Übertragung des Vogelgesangparkes zum Zoologischen Garten Magdeburg	DS0020/04/2

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Heintl eröffnet die 85. (III) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 37 “ “

maximal anwesend
entschuldigt

(Anlage 1)

2. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

2.1. Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen A0190/03

Der Ausschuss Umw empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden

2. Änderungsantrages.

Der Ausschuss GeSo empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden 1. Änderungsantrages.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umw Stadtrat Wähnelt begründet den 2. Änderungsantrag.

Vertreter der CDU- und PDS-Fraktion nehmen kritisch zum Antrag A0190/03 Stellung.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadträtin Paasch, SPD-Fraktion, den GO-Antrag –

Ende der Rednerliste –

ein.

Auf GO-Antrag der Stadträtin Paasch, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Ende der Rednerliste.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, bringt den erweiterten GO-Antrag -

Abbruch der Debatte –

ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mit 22 Ja-, 16 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Gemäß 2. Änderungsantrag des Ausschusses Umw **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die Formulierung: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt“ wird ersetzt durch „Der Oberbürgermeister wird gebeten“.

Der 1. Änderungsantrag des Ausschusses GeSo –

Der Stadtrat begrüßt die Absicht des Oberbürgermeisters, das Verbrennen von Gartenabfällen im gesamten Stadtgebiet von Magdeburg generell zu untersagen und die Anpassung der entsprechenden Verordnung vorzunehmen. –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und zahlreichen Enthaltungen **abgelehnt.**

Auf Antrag des Stadtrates Germer, CDU-Fraktion, erfolgt die namentliche Abstimmung.
(Anlage 2)

Auf Antrag der Fraktion Grüne/future **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des 2. Änderungsantrages des Ausschusses Umw mit 28 Ja-, 13 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4005-85(III)04

Der Oberbürgermeister wird gebeten, das Verbrennen von Gartenabfällen im gesamten Stadtgebiet von Magdeburg generell zu untersagen.

Die Verordnung zur Verbrennung pflanzlicher Abfälle von gärtnerisch genutzten Böden in der Landeshauptstadt Magdeburg wird dahingehend geändert bzw. eine Verordnung zum Umgang mit derartigen Abfällen erarbeitet.

2.1.1.	Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen	A0190/03/1
2.1.2.	Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen	A0190/03/2
2.1.3.	Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen	S0033/04
2.2.	Antragsbescheide für freie Träger	A0187/03

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future Stadtrat Westphal geht auf die Intention des Antrages A0187/03 ein und kritisch auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper begründet das Verwaltungshandeln und hält den Antrag A0187/03 für nicht umsetzbar.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4006-85(III)04

Der Antrag A0187/03 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Anträge von freien Träger der Jugendhilfe und anderer freier Träger grundsätzlich innerhalb von 4 Monaten zu bescheiden.

Gegebenenfalls sind vorzeitig Mittel analog den Verpflichtungsermächtigungen zu diesem Zweck für das Folgejahr in den Haushalt einzustellen oder praktikable andere Formen (ähnlich der 1/12-Regelung bei institutioneller Förderung) bei der Projektförderung anzuwenden. –

wird **abgelehnt**.

2.2.1.	Antragsbescheide für freie Träger	S0059/04
--------	-----------------------------------	----------

2.3.	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	A0007/04
------	--	----------

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden 1. Änderungsantrages.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß 1. Änderungsantrag des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Vor jeglichen weiteren Planungen zur Fuß- und Radwegbrücke Sandtorstraße ist das nochmalige Votum des Stadtrates einzuholen. Bis dahin sind Planungsleistungen zur Vorbereitung des Brückenbaus zu unterlassen.

Gemäß Antrag A0007/04 der CDU-Fraktion und der Fraktion Grüne/future unter Beachtung des 1. Änderungsantrages des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4007-85(III)04

1. Die Maßnahme Neubau einer Fuß- und Radwegebrücke Sandtorstraße wird nicht umgesetzt.
2. Der entsprechende Teilbeschluss zur Drucksache DS0153/03 „Förderprogramm Stadtumbau O Ost Abriss / Rückbau dauerhaft leerstehender Wohnungen und städtebauliche Aufwertung von Stadtteilen / Stadtquartieren, Programmjahr 2003 sowie Fortschreibung des Stadtumbaukonzeptes“ (Beschluss-Nr. 2381-66(III)03) zur Anlage III, Punkt 3 wird aufgehoben.
3. Vor jeglichen weiteren Planungen zur Fuß- und Radwegbrücke Sandtorstraße ist das nochmalige Votum des Stadtrates einzuholen. Bis dahin sind Planungsleistungen zur Vorbereitung des Brückenbaus zu unterlassen.

2.3.1.	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	A0007/04/1
2.3.2.	Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße	S0053/04
2.4.	"Blauer Bock" als Werbeträger für das Stadtjubiläum	A0539/04

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0539/04 ein und begründet ihn umfassend.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, begründet seine Ablehnung zum Antrag A0539/04.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper stellt die Sachlage klar und unterstreicht das Erfordernis eines Votums des Eigentümers im konkreten Falle.

Er empfiehlt, perspektivisch über Problemfälle nachzudenken.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4008-85(III)04

Der Antrag A0539/04 der SPD-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat nach Rücksprache mit dem Eigentümer und dessen Einverständnis Vorschläge zu unterbreiten, wie der „Blaue Bock“ als Werbefläche in die Vorbereitung auf das 1200jährige Stadtjubiläum einbezogen werden kann. –

wird abgelehnt.

2.5.	Bildung von Beiräten in Stadtumbaugebieten	A0074/04
------	--	----------

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, bringt den Antrag A0074/04 und den GO- Antrag – Überweisung des Antrages A0074/04 in die Ausschüsse StBV und KR – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat ohne Gegenstimmen, bei 1 Enthaltung:

Der Antrag A0074/04 wird in die Ausschüsse StBV und KR überwiesen.

WV: 02.09.2004

2.6.	Geschwindigkeitsbegrenzung in Straßen im Wohnbereich östlich und westlich der Jacobstraße	A0075/04
------	--	----------

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bringt den Antrag A0075/04 ein und bittet darum, das Ergebnis der Prüfung den Ausschüssen StBV und FG zur Vorberatung zu übergeben.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0075/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Vertreter der SPD- und PDS-Fraktion sprechen sich gegen und Vertreter der CDU-Fraktion für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0075/04 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 12.07.2004

2.7.	Gefahrenabwehr im Baustellenbereich der ehemaligen Studentenwohnheime an der und in Nähe der Ernst-Lehmann- Straße	A0076/04
------	--	----------

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bringt den Antrag A0076/04 ein und bittet um Zustimmung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert, dass die Beräumungsverfügung des Umweltamtes an das Land derzeit erarbeitet wird.

Gemäß Antrag A0076/04 der PDS-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4009-85(III)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt prüfen zu lassen, ob die Zustände auf der und um die Baustelle noch so sind, dass keine weiteren Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergriffen werden müssen.

Für den Fall der rechtssicher begründbaren Notwendigkeit von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr soll unverzüglich gehandelt werden. Der Stadtrat soll darüber informiert werden.

2.8. Errichtung eines Caravanstellplatzes im Stadtpark A0077/04

Stadtrat Krull, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0077/04 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0077/04 in die Ausschüsse WTR, StBV und FG – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Krull, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat ohne Gegenstimmen, bei 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0077/04 wird in die Ausschüsse WTR, StBV und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 02.09.2004

2.9. Gestaltung der Durchfahrt unter den Brücken am Hauptbahnhof A0078/04

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0078/04 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0078/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, legt seinen Standpunkt zur Thematik dar und verweist dabei auf die Verantwortung der Deutschen Bahn AG.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Stadtrat Stage, Fraktion Grüne/future, spricht sich für den GO-Antrag aus und regt ergänzend Graffiti-Gestaltungsmöglichkeiten in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper nimmt zum Sachstand Stellung und geht dabei auf Überlegungen der Deutschen Bahn AG zur Bahnhofsgestaltung ein.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Stadtrates Stern – Überweisung des Antrages A0078/04 in den Ausschuss StBV – mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 19 Ja-, 28 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4010-85(III)04

Der Antrag A0078/04 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG Gespräche über die farbliche Gestaltung der Brückenbauwerke der Bahn in der Ernst-Reuter-Allee zu führen. Die Brückenbauwerke und die Durchfahrt sollen zur 1200-Jahrfeier der Stadt attraktiv gestaltet werden. Die Maßnahmen sollten die Straßen, Fuß- und Radwege sowie die Pfeiler und Mauern und die Stahlkonstruktion beinhalten. –

wird mit 19 Ja-, 28 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

2.10.	Konzept zur Oberflächen- und Niederschlagswasserentsorgung im ostelbischen Raum	A0080/04
-------	--	----------

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0080/04 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0080/04 in die Ausschüsse StBV und Umw – ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper informiert, dass diesbezüglich eine Studie erarbeitet wurde, die am 19.05.04 vorliegen wird. Er hält die Antragstellung heute für nicht notwendig.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion – Überweisung des Antrages in die Ausschüsse Umw und StBV – mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen vom Stadtrat **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4011-85(III)04

Der Antrag A0080/04 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept zur Oberflächen- und Niederschlagswasserentsorgung im ostelbischen Raum für das Gebiet zwischen Randau im Süden, dem Umflutkanal im Osten, dem Herrenkrug im Norden und der Elbe/Alten Elbe im Westen vorzulegen.

Dabei sind dem Stadtrat Varianten bezüglich Ausbaugrad der Vorflutersysteme (Neubau oder Sanierung), Finanzierung und zeitliche Einordnung vorzulegen.

Die Ortschaftsräte in Pechau und Randau/Calenberge sind in die Beratungen mit einzubeziehen. Um für die Haushaltsberatungen 2005 noch Berücksichtigung zu finden, ist die Drucksache bis zur Oktobersitzung dem Stadtrat vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

2.11. Projektgruppe Hartz-Gesetzgebung

A0073/04

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den 1. Änderungsantrag ein und begründet ihn umfassend.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0073/04 ein. Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf den 1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein und lehnt diesen ab.

Nach eingehender Diskussion **bringt** Stadtrat Stage, Fraktion Grüne/future, den GO-Antrag –

Abbruch der Debatte – ein.

Vertreter der PDS-, CDU- und SPD-Fraktion sprechen sich gegen den GO-Antrag des Stadtrates Stage, Fraktion Grüne/future, aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Stage, Fraktion Grüne/future, - **Abbruch der Debatte** – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Jastimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zum Antrag A0073/04 Stellung.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper hält in seinen umfangreichen Ausführungen u.a. fest, dass es ein klares Votum des Stadtrates zu Hartz IV und zur Steuerreform gibt. Er hält die Zusammenführung grundsätzlich für sinnvoll, weist aber darauf hin, dass die Zwangslage für die Kommunen auf den Beschluss des Bundesrates zurückzuführen ist. Der Oberbürgermeister Dr. Trümper verweist abschließend auf die Zusage der Bundesregierung und die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen 2,5 Milliarden Euro zur Umsetzung des Hartz-Gesetzes erhalten.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future Stadtrat Westphal unterstützt die interfraktionelle Antragstellung hinsichtlich der Bildung einer Projektgruppe.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker nimmt aus kommunaler Sicht zum Antrag A0073/04 Stellung und begrüßt den Punkt 1 in den vorliegenden Anträgen. Sie geht in ihren weiteren Ausführungen auf eine Reihe von noch offenen Fragen ein. Sie verweist

darauf, dass noch erhebliche Risiken bestehen und hierzu noch zu treffende Rahmenvereinbarungen erforderlich sind.

Stadtrat Bischoff, SPD-Fraktion, nimmt kritisch zum Standpunkt der CDU-Fraktion Stellung. Er dankt dem Oberbürgermeister für seine Ausführungen und der Verwaltung für die vorbereitenden Arbeiten.

Im Rahmen der weiteren Ausführungen, in denen Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion nochmals ihren Standpunkt darlegen, bittet Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, darum, dass die Projektgruppe auf den Vorbereitungsstand des Ausschusses GeSo aufsetzt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich vehement gegen die Bildung einer Projektgruppe aus und nimmt zu einzelnen Redebeiträgen Stellung. Er verweist abschließend auf die dramatische Situation aus der Sicht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Stadt und bittet um Zustimmung zum 1. Änderungsantrag.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper unterstreicht angesichts der konträren Diskussion die eindeutige Position der kommunalen Spitzenverbände und verweist auf den akuten Handlungsbedarf angesichts der bekannten Fallzahlen in der Stadt Magdeburg.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSO Stadtrat Czogalla verweist auf die Befassung mit der Thematik im Ausschuss und signalisiert, dass er sich auch weiterhin intensiv dem Thema widmen wird. Er regt an, die Ausschüsse VW und FG mit einzubeziehen und auch die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe bzw. der Projektgruppe gleichzeitig mit zu beschließen.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning verweist auf die Antragstellung seiner Fraktion zur Durchführung des Workshop Hartz IV als Ausgangsposition und merkt an, dass das Ergebnis die Dimension dieser Aufgabe deutlich macht.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Kramer hält es abschließend für unumgänglich, dass alle Fraktionen sich in dieser Übergangszeit in einem Arbeitsgremium zusammenfinden, um die Kontinuität bei der Bewältigung dieser Aufgabe sicherzustellen.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Punkt 2 des 1. Änderungsantrages der CDU-Fraktion –

2. Zur Vorbereitung und Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung in der Landeshauptstadt Magdeburg wird *der Gesundheits- und Sozialausschuss* ~~eine Projektgruppe gebildet, die über die Fortschritte in den Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Bundesagentur für Arbeit sowie über deren zukünftige Kooperation informiert wird.~~ *Der Ausschuss* ~~Die Projektgruppe~~ begleitet die Verhandlungen aus der Perspektive des Stadtrates. *Er* ~~Sie~~ bereitet die Beratungen in den Ausschüssen und die abschließenden Entscheidungen im Stadtrat vor. Darüber hinaus sollen die in den Unterarbeitsgruppen zwischen der Stadtverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit erarbeiteten Konzepte zeitnah in den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden.

und der Punkt 3

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, *den Ausschuss* ~~die Projektgruppe~~ bei entscheidenden Entwicklungen, aber mindestens im Abstand von 4 Wochen einzuberufen. *Der Ausschuss* ~~Die Projektgruppe~~ *befasst sich* ~~nimmt ihre Arbeit~~ mit sofortiger Wirkung *mit dieser Thematik auf*.

werden **abgelehnt**.

Der Punkt 4 des 1. Änderungsantrages der CDU-Fraktion –

- 4. Sollte der Gesundheits- und Sozialausschuss in der neuen Wahlperiode nicht mehr existent sein, so übernimmt automatisch der Ausschuss die beschriebenen Aufgaben, in den der bisherige Aufgabenbereich des GeSo aufgeht.* ~~Die Mitglieder der Projektgruppe werden durch die Stadtratsfraktionen benannt.~~

wird vom Stadtrat ebenfalls mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Die Punkt 1 und 5 des 1. Änderungsantrages der CDU-Fraktion sind identisch mit dem Antrag A0073/04.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0073/04 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4012-85(III)04

1. Der Stadtrat nimmt die Aktivitäten der Stadtverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit zur Umsetzung von „Hartz IV“ unter Nutzung des Modells 2 (Arbeitsgemeinschaft) nach § 44b SGB II zustimmend zur Kenntnis.

Zur Vorbereitung und Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung in der Landeshauptstadt Magdeburg wird eine Projektgruppe gebildet, die über die Fortschritte in den Verhandlungen zwischen der

Landeshauptstadt Magdeburg und der Bundesagentur für Arbeit sowie über deren zukünftige Kooperation informiert wird. Die Projektgruppe begleitet die Verhandlungen aus der Perspektive des Stadtrates. Sie bereitet die Beratungen in den Ausschüssen und die abschließenden Entscheidungen im Stadtrat vor. Darüber hinaus sollen die in den Unterarbeitsgruppen zwischen der Stadtverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit erarbeiteten Konzepte zeitnah in den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Projektgruppe bei entscheidenden Entwicklungen, aber mindestens im Abstand von 4 Wochen einzuberufen. Die Projektgruppe nimmt ihre Arbeit mit sofortiger Wirkung auf.
3. Die Mitglieder der Projektgruppe werden durch die Stadtratsfraktionen benannt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat eine Drucksache zur Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung in der Landeshauptstadt Magdeburg durch das Arbeitsgemeinschaftsmodell zur Beschlussfassung im Oktober, spätestens aber im November 2004 vorzulegen.

2.11.1. Projektgruppe Hartz-Gesetzgebung A0073/04/1

2.12. Prüfauftrag Öffnungszeiten Gruson-Gewächshäuser A0081/04

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0081/04 ein und bittet um Zustimmung.

Gemäß Antrag A0081/04 der Fraktion Grüne/future **beschließt** der Stadtrat ohne Gegenstimmen, bei 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4013-85(III)04

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Gruson-Gewächshäuser in den späten Nachmittags- bzw. in den frühen Abendstunden gewährleistet werden kann.

Gegebenenfalls sollten auch Veränderungen der Tagesarbeitszeit der Belegschaft ins Auge gefasst werden.

2.13. Feuerwache Buckau A0082/04

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Grüne/future, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0082/04 ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper informiert, dass diesbezüglich bereits eine Drucksache erarbeitet wurde. Er merkt weiterhin an, dass von den ursprünglich beim Land beantragten 3 Millionen Euro Fördermitteln nur 1,6 Millionen Euro genehmigt wurden. Demzufolge ist die Darstellung in die Öffentlichkeit hinsichtlich zusätzlich bereitgestellter Fördermittel so nicht zutreffend. Die Frage der Finanzierung ist damit noch offen und muss erst geklärt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht relativierend auf die kritischen Ausführungen des Oberbürgermeisters bezüglich der Haltung des Landes ein. Er hält eine Entscheidung bezüglich der genannten 1,6 Millionen Euro für erforderlich und übt Kritik an die Verwaltung bezüglich der Schwerpunktsetzung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0082/04 der Fraktion Grüne/future mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4014-85(III)04

Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine Drucksache mit entsprechender Zeitschiene für die Inbetriebnahme bzw. Nutzung der Feuerwache Buckau u.a. durch das Konservatorium „Georg-Philipp-Telemann“ (Fachbereich Jazz, Pock und Pop) und andere Interessenten vorzulegen.

3. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.6 werden zur Kenntnis genommen.

- | | | |
|-------|--|----------|
| 3.1. | Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung 2004 bis 2007 -
Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2003 bis
2006 (DS 0058/03) | I0044/04 |
| <hr/> | | |
| 3.2. | Auslaufen des Feststellenprogramms des Landes Sachsen-Anhalt | I0078/04 |
| <hr/> | | |
| 3.3. | Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2005 | I0089/04 |
| <hr/> | | |
| 3.4. | Initiativfonds Gemeinwesenarbeit 2003 | I0090/04 |

3.5.	Einrichtung eines Lehrstuhles zum Thema nachwachsende Rohstoffe an den Magdeburger Hochschulen	I0094/04
3.6.	Zwischenbericht zu Punkt 9 des Stadtratsbeschlusses Nr. 2763-75(III)03 - Neuorganisation der Magdeburger Theaterlandschaft	I0115/04

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Gerhard Heint
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Heinl, Gerhard

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Balzer, Falko

Berfelde, Frithjof

Bischoff, Norbert

Böckelmann, Hannelore

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Cracau, Guido

Czogalla, Olaf

Frömert, Regina

Germer, Ulrich

Gödecke, Jürgen

Grünert, Gerald

Gurcke, Reinhard

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

König, Henryk Dr.

Kramer, Martin

Krampitz, Reinhold Prof. Dr.

Krull, Tobias

Lehmann-Aulich, Annerose

Löhr, Rainer

Mai, Dieter

Meier, Christine

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Meister, Olaf

Mewes, Hans-Joachim

Paasch, Dagmar

Pohl, Eberhard

Reichel, Gerhard Dr.

Rink, Johannes

Ruden, Gerhard

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmidt, Andrea

Schulze, Ingeborg

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Stage, Michael

Stern, Reinhard

Trümper, Lutz Dr.

Unger, Gerhard

Veil, Thomas

Wachowski, Claus-Dieter

Wähnel, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate

Bartnik, Hans-Eckard
Becker, Hans-Jürgen
Heynemann, Bernd
Keding, Anne-Marie
Kuck, Dietmar
Schmicker, Wolfgang
Schoenberner, Hilmar